



Parlament

Der Grüne Klub im Parlament
A-1017 Wien

Telefon (01) 401 10 - 6698
Telefax (01) 401 10 - 6793, 6883

Email: infopool@gruene.at

Web: <http://www.gruene.at>

Dr.ⁱⁿ Eva Glawischnig
Bundessprecherin und Klubobfrau

Universität Wien
Wissenschaftliche Plattform für die
Rehabilitierung der Opfer des Regimes Dollfuß/Schuschnigg
c/o Historisch-Kulturwissenschaftliche Fakultät
Herrn Mag. Florian Wenninger
Institut für Zeitgeschichte
Spitalsgasse 2-4, Altes AKH, Hof 1
1090 Wien

Wien, 12. Februar 2010
hm/cg

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich danke Ihnen sehr herzlich für Ihr Schreiben vom 3. Februar 2010. Im Namen des Grünen Parlamentsklubs darf ich Ihnen versichern, dass wir Ihr Anliegen unterstützen und mit Nachdruck politisch befördern wollen.

Wie Sie vermutlich wissen, brachte der SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim im Jahre 2004 anlässlich des 70. Jahrestages der Februarkämpfe einen Entschließungsantrag zur „Rehabilitierung von Justizopfern des Austrofaschismus“ ein. Dieser Antrag wurde von der damaligen Grünen Justizsprecherin Maga. Terezija Stoisits vollinhaltlich unterstützt, die Regierungsparteien ÖVP und FPÖ (später auch das BZÖ) waren – wenig überraschend – dagegen.

Dieser Antrag wurde mehrmals gemeinsam mit dem Grünen Antrag zur Rehabilitierung der Opfer der NS-Militärjustiz im Justizausschuss behandelt. Die Grüne Initiative mündete in das sogenannte „Anerkennungsgesetz 2005“ und ins „Aufhebungs- und Rehabilitationsgesetz“, welches zu unserer großen Freude am 1. Dezember 2009 in Kraft trat. Der Entschließungsantrag für die Februarkämpfer wurde seitens der SPÖ nicht weiterbetrieben und versandete schließlich.

Es ist auffallend, dass selbst führende SPÖ-PolitikerInnen keinen Handlungsbedarf mehr sehen, die Opfer der Niederschlagung des Arbeiteraufstandes im Februar 1934 zu rehabilitieren. So erklärte Bundeskanzler Werner Faymann anlässlich des 75-jährigen Jahrestages: „Ich bin mit Historikern in regelmäßigen Gesprächen auch über diese Fragen. Aber momentan ist keine eigene Initiative dazu geplant.“¹

Ihre beeindruckende Stellungnahme deutet auf das Gegenteil hin.

Die Grünen teilen die Auffassung des Bundeskanzlers nicht und haben parlamentarische Schritte gesetzt. Bereits am 26. Februar 2009 haben wir eine leicht überarbeitete Version des Jarolim-Antrags erneut eingebracht. Es ist mir dabei sehr wichtig darauf hinzuweisen, dass die Grünen vor Einbringung den Kontakt mit Hannes Jarolim suchten und ihm das Angebot machten, den Antrag gemeinsam zu unterzeichnen.

¹ ORF – Hohes Haus, „Österreichischer Bürgerkrieg 1934: Überlebende fordern Rehabilitierung“, 15.02.2009, 12.00 Uhr.

Der Antrag steht nun auf der Tagesordnung des Justizausschusses am Mittwoch, den 17. Februar 2010. Dort und bei den folgenden Ausschussterminen wird es die Möglichkeit geben, das Verhalten der beiden Regierungsparteien zu verfolgen und daraus die entsprechenden Schlüsse zu ziehen.

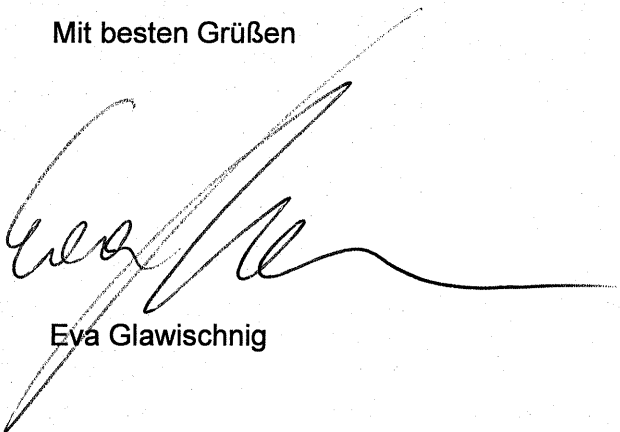
Eine zarte Veränderung der Regierungslinie deutet sich mittlerweile an; es besteht Hoffnung, dass sich das Parlament spät, aber doch seiner Verantwortung stellt. Dabei müssen wir jedoch präzise darauf achten, dass nicht ein weiteres Mal die These von der „geteilten Schuld“ aufgewärmt wird.

So wichtig die unmissverständliche Aufhebung der Standgerichtsurteile ist: Damit ist das Thema noch lange nicht erledigt. So wäre beispielsweise Bruno Kreisky damit nicht rehabilitiert. Es geht auch um die Tausenden in Wöllersdorf und andernorts eingesperrten Personen, ebenso um die Vertriebenen und Ausgebürgerten. Dabei ist zweifellos die Abgrenzung zu den zum Teil ebenfalls eingesperrten NationalsozialistInnen eine der zentralen wissenschaftlichen Herausforderungen.

Ich möchte Ihnen zum Abschluss versichern, dass es den Grünen hier nicht um kleinkarierte parteipolitische Spielchen geht. Wir sehen die Rehabilitierung der Opfer des Austrofaschismus vielmehr als eine Frage der Gerechtigkeit gegenüber den Betroffenen und deren Hinterbliebenen und als ein wesentliches Kriterium der Demokratiepoltik und nicht zuletzt der politischen Kultur der Zweiten Republik.

Wir werden das Thema - falls nötig - selbstverständlich auch über einen längeren Zeitraum politisch verfolgen. Wie Sie vielleicht wissen, haben wir uns über zehn Jahre für die pauschale Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure eingesetzt und haben trotz der schwarzblauen Regierung abgerungenen Anerkennungsgesetzes 2005 nicht locker gelassen. Daraus können Sie ersehen, dass wir über einen langen Atem verfügen und ich denke, das nun vorliegende Aufhebungs- und Rehabilitationsgesetz 2009 hat uns Recht gegeben.

Mit besten Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Eva Glawischnig', with a long horizontal flourish extending to the right.

Eva Glawischnig